

EWG und Neutralität

Autor(en): **Moser, Armin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **44 (1971)**

Heft 9

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-518132>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Kriegsverhinderungswert der Armee wird von einer ansehnlichen Mehrheit bejaht. 66 % glauben, dass «das Vorhandensein einer starken Armee die möglichen Feinde davon abhält, unser Land anzugreifen». In dieser Frage weichen Deutschschweizer und Westschweizer stark voneinander ab (72 % gegenüber 45 % Ja).

Zivilschutz und Zivildienst

Den Zivilschutz betrachtet die überwältigende Mehrheit als notwendig. Doch glauben nur 37 %, dass er heute genügt.

Nur ein Zehntel der Befragten finden, Dienstverweigerer aus Gewissensgründen sollten bestraft werden. Noch geringer ist aber die Zahl derjenigen, die sie von jeder Ersatzleistung befreit wissen möchten. Die grosse Mehrheit befürwortet einen «gleichwertigen Ersatzdienst».

Positives Urteil über unsere Wehrmänner

Auf die Frage, wie die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere für einen Krieg vorbereitet seien, antworteten acht von zehn Schweizern, dass diese Vorbereitung genügend sei. Positiv wird auch die Schlagkraft verschiedener Waffengattungen beurteilt: die der Infanterie von 78 %, die der mechanisierten Truppen von 76 %, die der Artillerie von 73 % und die der Flieger von 67 %. Von einem bemerkenswerten Vertrauen zeugen die Antworten auf die Frage: «Wie würden Sie das Vertrauen einstufen, das man im Fall eines Krieges unserer Armeeführung entgegenbringen könnte?» 84 % schenken ihr grosses oder einiges Vertrauen. Die grösste Zahl kritischer Stimmen ist hier — wie bei vielen anderen Fragen — bei den Jungen und den Befragten mit höherer Bildung zu verzeichnen.

Die Ausbildung in der Armee wird unter verschiedenen Gesichtspunkten kritisch beurteilt. So sind 56 % der Meinung, die zur Verfügung stehende Zeit werde ungenügend ausgenutzt, und 49 % bezeichnen die Ausrichtung auf das Wesentliche als ungenügend. Andererseits wird die zeitliche Belastung durch den Militärdienst von 82 % als tragbares Opfer bezeichnet, während lediglich 22 % für eine Kürzung der Dauer der Rekrutenschule sind.

Dominique Brunner

EWG und Neutralität

«Schweden will seine Neutralität nicht für einen Eintritt in eine erweiterte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) opfern.»

Diese Nachricht wurde kürzlich durch die Tagespresse bekannt. Wie steht es aber in dieser Hinsicht mit der Neutralität unseres Landes? Nimmt nicht, im Gegensatz zu dieser schwedischen Haltung, die Meinung eines guten Teiles unseres Volkes immer mehr überhand, dass, wenn es um die wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten eines Landes gehe, wir Schweizer nicht engstirnig und zu isolationistisch denken dürften, sondern bedenkenlos mitzumachen und zwar selbst dann, wenn man von uns verlangen sollte, unsere ureigenste Eigenstaatlichkeit schrittweise aufzugeben?

Muss uns eine derartige Einstellung nicht zu denken geben, indem wir uns fragen müssen, weshalb es bereits so weit kommen musste? Die Gegenwart zeigt mit aller Deutlichkeit, dass, je länger die bestehende Hochkonjunktur andauert, verbunden mit dem damit einhergehenden Wohlstand, je intensiver wir uns an den hohen Lebensstandard und die damit parallel gehende Bequemlichkeit gewöhnen, je problematischer es werden könnte, in einer sich ergebenden neuen, schwierigen Situation, die nicht unbedingt Krieg zu sein braucht, dieselbe Entschlossenheit in unserem Volke zu finden, fremden Einflüssen irgendwelcher Art mit aller Konsequenz entgegenzutreten, da leider in gewissen Kreisen der Begriff der Freiheit, das heisst allein Herr im eigenen Hause zu sein, sowie die Beibehaltung unserer althergebrachten Souveränität und Selbstbestimmung ganz anders beurteilt werden. Zu sehr hat uns die Entwicklung der jüngsten Zeit, vor allem in rein wirtschaftlicher Hinsicht, in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht, das weit über unsere Landesgrenzen hinausgeht.

Wenn wir aber eine freie Heimat behalten wollen, dürfen wir nicht zurückstehen, derartigen Gesinnungsströmungen, mögen sie herkommen, wo sie auch wollen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten, bevor es für uns zu spät ist und es kein Zurück mehr gibt.

Nicht der Mammon, nicht Eigeninteressen, dürfen bei all unseren aussenpolitischen Überlegungen immer wieder den Vorrang haben, sondern weit eher die Verantwortung für das Ganze, für die Zukunft unseres Landes, zur Sicherung unserer Unabhängigkeit. Als Schweizer im Zentrum, ja, im Herzen Europas, wissen wir selbstverständlich um die Notwendigkeit des guten Einvernehmens zwischen Nachbarstaaten. Wir kennen die Schwierigkeiten, aber auch die Chancen, welche die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Völkern und Sprachen in sich birgt und wir haben deshalb allen Grund, trotz der Unantastbarkeit unserer Neutralität, durch die Mittel der internationalen Abkommen, den Aufbau eines friedlichen und frei geeinigten Europas zu fördern, eines Europas, in welchem die Besonderheiten eines jeden Staates respektiert und die gemeinsamen Probleme miteinander gelöst werden. Nur auf diesem Wege vermeiden wir eine Isolierung und werden auch inskünftig als freie Nation im Spiel der internationalen Kräfte mitzusprechen in der Lage sein. Dies darf aber nur dort und nur soweit geschehen, wo und wie wir dies mit den Grundsätzen der Neutralität unseres Landes als möglich, zumutbar und vereinbar erachten.

Ohne Zweifel werden sich für uns in den kommenden Verhandlungen und Kontakten mit der EWG die mannigfaltigsten Probleme ergeben und zwar sowohl in rein wirtschaftlicher, als auch in politischer Hinsicht drohen uns die verschiedensten Gefahren. Diesen Tatsachen müssen wir uns jederzeit im Klaren sein, wenn es um die Frage geht, ob die Schweiz überhaupt je einmal, früher oder später, der EWG oder einer ähnlichen Organisation beitreten soll oder darf, das heisst einer Völkerverbindung mit vorwiegend politischer Zielsetzung. Die folgenden, wegleitenden Richtlinien dürfen im gleichen Zusammenhang nie ausser acht gelassen werden:

- Unter keinen Umständen dürfen wir je Hand bieten zu einem Schritt, der unsere Souveränität und Unabhängigkeit auch nur zu einem geringen Teil irgendwie antastet oder in Frage stellt.
- Wir sind im Vergleich zu den anderen EWG-Staaten ohnehin ein ganz kleiner Benjamin und demgemäss wäre auch unser Mitspracherecht als sehr gering zu bezeichnen. Es liegt somit ganz eindeutig auf der Hand, dass man von uns nur profitieren möchte, jedoch, wenn es ans Geben geht, würden wir unfehlbar an die Wand gedrückt.
- Wir bieten der EWG bzw. dem Gedanken einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, mit unserem geordneten Staatswesen, unserer gesunden Währung, sowie mit der politischen und sozialen Ausgeglichenheit, vor allem aber auch mit unserer gut ausgerüsteten, modernen und schlagkräftigen Armee im Herzen des Westens, ein allseits anerkanntes und nicht hoch genug einzuschätzendes Potential der Sicherheit und der Achtung.
- Unser Aussenhandel zeigt eindeutig, dass wir schon heute, ohne Mitglied der EWG zu sein, aus den dieser Organisation angeschlossenen Ländern ein Wesentliches mehr beziehen, als dies umgekehrt der Fall ist, mit anderen Worten: aus dem EWG-Raum kommen bereits jetzt schon 60 % unserer Importe.

Es wäre weit verfehlt, bei der Lösung derartiger Aufgaben immer nur die Vorteile zu sehen, sondern wir müssen auch die vielen Nachteile mit in Rechnung stellen, welche sich unwillkürlich für unser Land ergeben müssten.

Niemals werden wir damit einverstanden sein, auch nur einen Bruchteil unserer staatlichen Selbstbestimmung irgendwie wirtschaftlichen, finanziellen oder gar politischen Erwägungen zu opfern.

Es soll und darf für unser Volk nur eines geben

Mutige Abwehr der uns bedrohenden Gefahren aller Art von aussen und Kampf unserem grössten, verhängnisvollsten Feind der Gegenwart — dem Materialismus.

Wir wollen frei sein und wir wollen frei bleiben!

Major Armin Moser